

Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 269 (1990)

Artikel: Blick in die Welt
Autor: Bühler, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-376732>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blick in die Welt

Von Dr. Walter Bühner, Trogen

«Die Drohung von Gewaltanwendung kann und darf nicht länger ein Instrument der Außenpolitik sein.» Die Rede, die Parteichef *Michail Gorbatschow* am 7. Dezember 1988 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen hielt, unterschied sich nicht nur im Stil und Tonfall von Auftritten früherer Sowjetführer vor dem Weltforum. Sie zeugte auch in ihrer Substanz von der raschen Bewegung und den tiefgreifenden Kursänderungen in der einst so statischen Sowjetpolitik: «Es ist jetzt vollkommen klar, dass der Aufbau von Militärmacht kein Land allmächtig macht», erklärte Gorbatschow mit unüberhörbarer Kritik an die Adresse seiner machtbewussten Vorgänger. In seiner UNO-Rede kündigte Gorbatschow an, dass die UdSSR ihre Truppen in Osteuropa in den folgenden zwei Jahren einseitig um 500 000 abbauen werde; bis 1991 sollten sechs in der DDR, der Tschechoslowakei und Ungarn stationierte Panzerdivisionen aufgelöst werden. In einem weiteren aufsehenerregenden Schritt akzeptierte der sowjetische Staats- und Parteichef Mitte Mai 1989 den Vorschlag der Nato, die Zahl der Kampfpanzer auf beiden Seiten der europäischen Demarkationslinie auf je 28 000 zu begrenzen.

Der Wandel in den aussenpolitischen Akzentsetzungen der Sowjetunion blieb nicht ohne weitreichende Auswirkungen auf das weltpolitische Klima: Am 15. Februar 1989 wurde der sowjetische Rückzug aus Afghanistan abgeschlossen. Auch in andern Krisenregionen der Erde, in Kambodscha, im Mittleren Osten, im südlichen Afrika und in Zentralamerika, zeichneten sich Lösungsmöglichkeiten ab. Ob allerdings Hoffnungen auf eine baldige Überwindung des Machtgegensatzes zwischen Ost und West und auf eine neue, zivilisierte Weltordnung ohne Mauern und Stacheldrahtverhaue realistisch sind, steht vorläufig dahin. Solange sich Tragweite und Dauerhaftigkeit der Gorbatschow-Reformen nicht definitiv abschätzen lassen, scheint eine nüchterne Betrachtung geboten.



Gorbatschow (Bild: mit Deng Xiaoping) in der Volksrepublik Mitte Mai 1989.

Wunschdenken hat sich in der Weltgeschichte selten als guter Ratgeber erwiesen.

Die *innenpolitischen* Veränderungen in der UdSSR können hier nicht im einzelnen nachgezeichnet werden. Einige stichwortartige Angaben mögen genügen, um die Entwicklungen zu skizzieren: Anfang Juli 1988 billigte eine Allunionskonferenz der KPdSU Gorbatschows Vorschläge für eine Reform des politischen Systems. Dieses weitreichende Projekt sah die Schaffung eines ständigen Parlaments, eines Präsidiums mit umfassenden Vollmachten und eine Reform des Wahlsystems (mit geheimen Wahlen und Amtszeitbeschränkung) vor. Bereits Ende Juli wurden die Vorschläge vom Zentralkomitee akzeptiert. Im April 1989 fand die Wahl des Kongresses der Volksdeputierten statt, der einen Präsidenten – aller Wahrscheinlichkeit nach Gorbatschow – sowie die Mitglieder des ständigen Parlamentes erküren sollte. Zum ersten Mal in der Geschichte des Sowjetstaates wurden auf nationaler Ebene geheime

Wahlen durchgeführt; nur in 384 von 1500 Wahldistrikten kandidierten die offiziellen Kandidaten ohne Konkurrenz. In Moskau gelang Boris Jeltsin, dem ungestümen Reformler, der im Jahr zuvor aus dem Politbüro ausgeschlossen worden war, ein beispielloses politisches Comeback. Ein anderer prominenter Gewählter war der Bürgerrechtler Andrei Sacharow. Demgegenüber mussten rund ein Drittel aller regionalen Parteiführer über die Klinge springen. Diese Ansätze zu einem offeneren politischen System konnten indessen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die KP nicht auf ihr Machtmonopol zu verzichten bereit war; Gorbatschow selber wandte sich entschieden gegen Vorstellungen eines Mehrparteiensystems: Pluralismus könne auch innerhalb der Kommunistischen Partei verwirklicht werden. Fürs erste waren die Grenzen der «Demokratisierung» in der UdSSR damit signalisiert.

Trotz Erfolgen bei der Liberalisierung des politischen Systems blieb das Schicksal der Perestroika, der Umgestaltung von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, in der Schwebe. Die von Gorbatschow vorangetriebene Dezentralisierung der *Wirtschaft* stiess in der Staatsbürokratie, aber auch in vielen Unternehmensleitungen auf hartnäckigen Widerstand; die Gestelle mit Konsumgütern blieben leer wie eh und je; und Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht zu bringen, kam vorläufig nicht über Ansätze hinaus. Einzig in der Landwirtschaft schien das Konzept der Teilprivatisierung von Land aus Staatsbetrieben und der Übergang zu einem «sozialistischen Pachtsystem» erste Erfolge zu zeitigen.

Die *Widerstände*, denen Gorbatschow sich gegenüber sieht, sind mannigfaltig: Staats- und Parteiapparat stehen den Reformen passiv oder widerwillig gegenüber. In der breiten Öffentlichkeit hat Perestroika Erwartungen geweckt, die bisher vielleicht auf politischem, kaum aber auf wirtschaftlichem Gebiet erfüllt werden konnten. Die autokratische Tradition Russlands und des Sowjetstaates stehen der dringend benötigten Freisetzung individueller Initiative und Eigenverantwortung ebenfalls entgegen. Auch Spannungen zwischen den Nationalitäten traten an die Oberfläche: In Armenien, Geor-

gien sowie in den vor rund 50 Jahren annektierten baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen liessen sich Autonomiebestrebungen nur mühsam (und teilweise mit Waffengewalt) unter Kontrolle halten.

Ob die Reformkräfte sich durchzusetzen vermögen, war nicht nur im Westen Gegenstand vielfältiger Spekulationen. Vor der Parteikonferenz räumte Gorbatschow selber Schwierigkeiten bei der Umgestaltung der Wirtschaft ein: «Offen gestanden, Genossen, wir haben das Ausmass und die Schwierigkeiten dieses Prozesses unterschätzt.» Wie immer das Reformexperiment weitergeht: Seine Auswirkungen reichen bereits jetzt weit über die UdSSR hinaus: *Ungarn*, wo die Ära Kadar brüsk zu Ende ging – Kadar wurde als Parteichef durch Karoly Grosz abgelöst –, erlebte eine vielversprechende Öffnung des politischen Systems; der Eiserne Vorhang an der Grenze zu Österreich wurde beseitigt. In *Polen* erreichte Arbeiterführer Lech Walesa nach einer neuerlichen Streikwelle, dass die unabhängige Gewerkschaftsbewegung Solidarität wieder zugelassen wurde. Auch in Polen war damit der Übergang zu einem pluralistischen System in die Wege geleitet.

Die UdSSR hat in *Afghanistan* ihr «Vietnam» erlebt. Neun Jahre nach dem Einmarsch wurde der Rückzug gemäss Genfer Abkommen fristgerecht abgeschlossen. Auf afghanischer Seite hatte die Intervention Hunderttausende von Opfern gefordert; fast ein Viertel der Bevölkerung – über fünf Millionen Menschen – befand sich auf der Flucht. Aber auch die Sowjetunion hatte einen hohen Tribut entrichtet; dahin war der Nimbus der Unbesiegbarkeit, der die Rote Armee bis dahin umgeben hatte. In Afghanistan ging der Krieg indessen weiter. Das von den Sowjets hochgerüstete Regime in Kabul vermochte vorerst die Städte und Garnisonen zu halten, während die Mudschaheddin einen Grossteil des Landes kontrollierten. Zu einem Debakel für die Aufständischen wurde im April 1989 die Schlacht um Jalalabad; Uneinigkeit der Rebellenorganisationen und Unfähigkeit zu konventioneller Kriegführung wirkten sich für den Widerstand verheerend aus.

Mit dem Abzug aus Afghanistan erfüllten die Sowjets eine der Bedingungen, welche die

Volksrepublik *China* für eine Normalisierung der Beziehungen gestellt hatte. Der andere Krisenherd, der einer Verständigung der beiden kommunistischen Grossmächte im Weg stand, war *Kambodscha*. Seit Vietnam Anstalten macht, seine Besatzungstruppen aus dem Nachbarland zurückzuziehen – in Hanoi wurde eine Frist bis Ende 1990 gesetzt –, sind auch hier die Dinge in Fluss geraten. Gorbatschows Besuch in China – die erste Visite eines Sowjetführers in der Volksrepublik seit 1959 – markierte Mitte Mai das Ende einer langen Frostperiode zwischen Peking und Moskau.

Friedenshoffnungen auch im südlichen Afrika: Lange und mühselige Verhandlungen zwischen Südafrika auf der einen, Angola und Kuba auf der anderen Seite – mit US-Unterstaatssekretär Crocker als Vermittler – führten am 22. Dezember in New York zur Unterzeichnung eines Abkommens über die Unabhängigkeit *Namibias*: Das von Südafrika verwaltete Territorium sollte am Ende einer am 1. April 1989 beginnenden einjährigen Übergangszeit unabhängig werden. Eine weitere Vereinbarung zwischen

Kuba und Angola regelte den gestaffelten Rückzug der kubanischen Truppen aus Angola bis zum 1. Juli 1991.

Rund acht Jahre nach dem Ausbruch des *Golfkrieges* trat am 20. August 1988 ein Waffenstillstand in Kraft. Nach langem Sträuben hatte Iran die UNO-Resolution 598 akzeptiert, die zur Beendigung des Konfliktes aufrief. «Diesen Entscheid zu treffen war bitterer als Gift zu trinken», klagte Ayatollah Khomeiny am Radio. Irakische Truppen hatten in den Monaten zuvor alle von den Iranern seit 1984 besetzten Gebiete zurückerobert; sie schickten sich jetzt an, erneut auf iranisches Territorium vorzustossen. Andererseits hatte sich die aktive Rolle der US-Kriegsmarine im Golf als sehr erfolgreich erwiesen; den Iranern gelang es nicht, die Ölausfuhren der arabischen Golfstaaten – die Irak finanziell den Rücken stärkten – wirksam zu behindern. Zu einem folgenschweren Zwischenfall kam es indessen, als der amerikanische Lenkwaffenkreuzer «*Vincennes*» am 3. Juli irrtümlicherweise einen iranischen Airbus abschoss, der sich auf dem Flug von Bandar Ab-



Sesselbahn, Skilift
und Bergrestaurant

Hochhamm

- Das ideale Skigelände im Winter
- Reizvolle Wandermöglichkeiten
- Der Berg mit der erstaunlichen Fernsicht
- «Hamm-Frühstück» bis 11 Uhr
(mit Bauernspeck und Käse)

Talstation	071/57 10 10
Bergrestaurant	071/58 18 09 oder
Gasthaus Löwen	071/57 11 31

Ab Grosslager

liefern wir reel und sehr preisgünstig Elektromotoren jeder Grösse. Eigenimport, neu und gebraucht, sämtliche Zubehöre wie Motorenkarren, Schalter, Stecker, Kabel, Trommeln und Riemen nach Mass. Benzin- und Dieselmotoren, Schweissanlagen, elektrisch und autogen. Betonmischer jeder Grösse. Bau- und Brennholz, Bandsägen, Hobelmaschinen, Fräsenblätter, Fräsenlager nach Mass, sämtliche weitere Zubehöre. Kompressoren verschiedener Grössen und Zubehöre, Markenfabrikate. Werke, Hobelbänke, Schraubstöcke, Ambosse, Feldessen, Tisch- und Säulenbohrmaschinen, Schleifmaschinen, Drehbänke, sämtliche Elektrowerkzeuge, Handbohrmaschinen, Winkelschleifer jeder Grösse, Klauenpflieger, Handkreissägen, Hand- und Elektrozüge, Wagenheber, die bekannten Universalmühlen, Knochenmühlen bis auf weiteres zu Aktionspreisen. Pumpen, Ventilatoren, Batterieladegeräte usw. Notstromanlagen für Licht/Kraft. Ein Besuch und Kauf bei uns lohnt sich immer. Dauerkunden aus der ganzen Schweiz. Langjährige fachliche Beratung.

Rudolf Frey
Motoren- und Maschinencenter
9202 Gossau SG Tel. 071 85 28 33/34

bas nach Dubai befand; alle 290 Passagiere kamen dabei ums Leben.

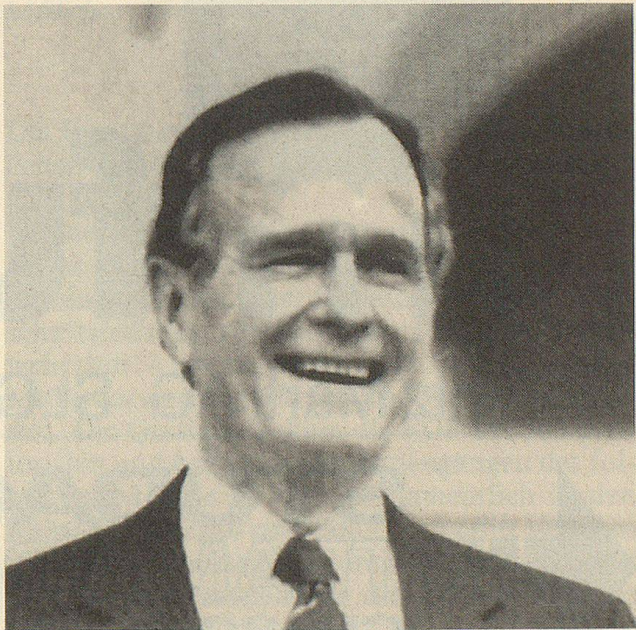
Irak benützte die Ruhe an der iranischen Front, um gegen kurdische Separatisten im Norden des Landes vorzugehen; mehr als 100 000 Menschen flüchteten nach Giftgaseinsätzen ins Nachbarland Türkei. In *Iran* wurden die Zehn-Jahr-Feiern der islamischen Revolution (im Februar 1989) vor dem Hintergrund einer tiefen Wirtschaftskrise begangen. Eine Buchpublikation im Westen – die «Satanischen Verse» des Inders Salman Rushdie – gab Khomeiny dann unerwartet Gelegenheit, die verglimmende Glut der islamischen Revolution wieder anzufachen. Mit seinem Aufruf zur Ermordung Rushdies nahm Khomeiny bewusst den Bruch grundlegender Normen des Völkerrechts in Kauf; mehrere EG-Staaten zogen aus Protest ihre Botschafter aus Teheran zurück.

Der Silberstreifen, der sich am Golf-Horizont abzeichnete, warf sein Licht kaum bis an die Levante. In *Libanon* ging der Bürgerkrieg auch im 13. Jahr ohne erkennbare Lösung weiter. Als im September Amin Gemayels Präsidentschaftsmandat auslief, war es dem Parlament erstmals nicht mehr möglich, einen Nachfolger zu bestimmen. Fortan bestimmten zwei Regierungen die Geschicke Libanons: im christlichen Teil eine Militärregierung unter General Michel Aoun, im moslemischen Teil ein Kabinett unter Selim Hoss. Der Bürgerkrieg kehrte damit zu seinen ursprünglichen Fronten zurück: zur Auseinandersetzung zwischen christlichen und moslemischen Milizen, bei der es nach wie vor um die Verteilung der Macht im Levantestaat geht.

Bewegung, aber kein Durchbruch zu einer Lösung im Konflikt um *Israel/Palästina*: Die «Intifadah», der Aufstand der Palästinenser in den besetzten Gebieten, wurde zum Dauerzustand und liess sich von Israel auch mit massiven militärischen Mitteln nicht unterdrücken. Die Einsicht eines wachsenden Teils der Israelis, dass kühne politische Schritte nötig sein würden, blieb ohne politische Folgen. Das Gesetz des Handelns bestimmte die arabisch-palästinensische Seite. Am 31. Juli 1988 gab König Hussein den Bruch der administrativen Bindungen zwischen Jordanien und der von Israel besetzten Westbank bekannt. Das Königreich verzichtete

damit definitiv auf seinen Anspruch auf ein Gebiet, das es zwischen 1948 und 1967 verwaltet hatte. Einen nicht minder bedeutsamen Schritt vollzog die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), als sie am 15. November in Algier einen unabhängigen Staat Palästina proklamierte und die UNO-Resolutionen 242 und 338 anerkannte, was zumindest indirekt eine Anerkennung des Staates Israel bedeutete. Einen Monat später kündigten die USA überraschend an, mit der PLO direkte Gespräche aufzunehmen. Dass nicht alle Palästinensergruppen Arafats Kurs mittrugen, zeigte sich kurz vor Weihnachten: Über Südschottland stürzte ein Jumbo-Jet der Pan Am mit 258 Menschen an Bord ab; Ursache war eine Bombenexplosion, welche vermutlich von palästinensischen Terroristen verursacht wurde.

Als Nachfolger von Ronald Reagan wurde der Republikaner *George Bush* als 41. Präsident der Vereinigten Staaten gewählt. Sein demokratischer Gegenkandidat Michael Dukakis erzielte lediglich 46 Prozent der Stimmen. Im Kongress allerdings blieben die Demokraten die dominierende Kraft, was Bush erstmals bei der Nominierung des Verteidigungsministers zu spüren bekam: Der Senat lehnte es ab, den mit



George Bush, der 41. Präsident der Vereinigten Staaten.

diversen Affären belasteten John Tower zu bestätigen. Bushs Politik unterschied sich von der Linie seines Vorgängers vor allem im Stil, bezüglich der Abrüstungspolitik aber auch in der Substanz: Zur ersten grösseren Herausforderung auf aussenpolitischem Gebiet wurde für den neuen Präsidenten die anstehende Modernisierung der atomaren Kurzstreckenraketen der Nato. Streitpunkt bildete das Begehren der Bonner Regierung nach raschen Abrüstungsverhandlungen mit Moskau, dem sich die Amerikaner und Briten unter Hinweis auf die nach wie vor bestehende Überlegenheit des Warschauer Paktes bei den konventionellen Waffensystemen widersetzen. Gorbatschows Abrüstungsvorschläge, die im einzelnen durchaus bemerkenswert waren, wurden zur ernsthaften Herausforderung für das westliche Bündnis. 40 Jahre sowjetische Bedrohung hatten die Nato zusammengescheitert; jetzt begannen sich die nationalen Eigeninteressen verstärkt bemerkbar zu machen. Zum ersten Mal seit der Gründung der Nato schien der Konsens zwischen den Verbündeten dies- und jenseits des Atlantiks verlorengelassen zu sein.

Innenpolitische Erschütterungen

Mit Erschütterungen verbunden war für die Eidgenossenschaft der Jahreswechsel 1988/89. Am 12. Dezember erklärte *Elisabeth Kopp*, die erste Frau im Bundesrat, ihren Rücktritt aus der Landesregierung per Ende Februar 1989. Sie zog damit die politischen Konsequenzen aus dem Vertrauensverlust, den sie erlitten hatte, nachdem bekannt geworden war, dass sie ihrem Mann Hans W. Kopp telefonisch empfohlen hatte, sich aus dem Verwaltungsrat der Firma Shakarchi Trading AG zurückzuziehen. Aus ihrem Departement heraus hatte Frau Kopp erfahren, dass die Firma Shakarchi in eine Geldwäscheraffäre (Libanon Connection) verwickelt sein könnte. Am 7. Dezember, fünf Tage vor ihrem Rücktritt, war die Vorsteherin des Justiz- und Polizeidepartements noch mit 165 Stimmen zur Vizepräsidentin des Bundesrates gewählt worden. Als der vom Bundesrat für Ermittlungen über die Indiskretionen im EJPD eingesetzte Sonderstaatsanwalt Hans Hungerbühler zum Schluss gelangte, gegen Frau Kopp bestehe der dringende und begründete Verdacht der Amts-



fm futter

Fritz Marti AG St.Gallen 071 - 22 30 35



STUDACH
TRANSPORTE
CH-9053 TEUFEN



Bundesrätin Elisabeth Kopp stolperte über die geschäftlichen Verstrickungen ihres Ehemannes Hans W. Kopp (Bilder Keystone)

geheimnisverletzung, trat sie mit sofortiger Wirkung aus ihrem Amt zurück. Die Leitung des EJPD übernahm Bundesrat *Arnold Koller*. Bereits Anfang Februar wählte die Bundesversammlung in der Person des Luzerner Ständerates *Kaspar Villiger* einen Nachfolger für Frau Kopp; Villiger wurde EMD-Chef. In der darauffolgenden Frühjahrssession setzten die Räte eine Parlamentarische Untersuchungskommission unter der Leitung des Zürcher Sozialdemokraten *Moritz Leuenberger* ein; ihr wurde die Aufgabe übertragen, das EJPD, im besonderen die Bundesanwaltschaft, unter die Lupe zu nehmen. Als Folge des Falles Kopp wurde der schwer unter Beschuss geratene Bundesanwalt *Rudolf Gerber* vom Bundesrat in seinem Amt suspendiert. Trotz allen Erschütterungen wuchs sich die Affäre nicht zu einer Staatskrise aus.

Die Institutionen bewährten sich bei der äusserlichen Bewältigung des politischen Schadens.

Einen tiefgreifenden Vertrauenseinbruch hatte vor allem die *Freisinnig-Demokratische Partei* hinzunehmen. Ihr, insbesondere dem Wirtschaftsfreisinn zürcherischer Prägung, wurde weiterhin – ob zu Recht oder Unrecht – eine Mitverantwortung an der Kopp-Affäre angelastet. Die Quittung bekam die FDP bei den kantonalen und kommunalen Urnengängen der folgenden Monate zu spüren; namentlich in den Kantonen Aargau und Solothurn erlitt sie empfindliche Einbussen. Gewinner waren vor allem Ein-Themen-Parteien wie die Grünen und die *Auto-Partei*, die das Auto zum Symbol der persönlichen Freiheit und eines ungehinderten Egoismus emporstilisierte.

Ein rauheres politisches Klima verhinderte indes nicht, dass in zentralen Gebieten der Bundespolitik Fortschritte gemacht wurden: Bundesrat und Parlament begruben endgültig die Illusion, das *Kernkraftwerk Kaiseraugst* irgendwann noch realisieren zu können; die KKW Kaiseraugst wurde seitens des Bundes mit 350 Mio. Franken entschädigt. Damit war zumindest eine Voraussetzung geschaffen, um endlich zu einer konsensfähigen Energiepolitik zurückkehren zu können. – In der *Verkehrspolitik* hielt die Eidgenossenschaft dem Druck der EG stand, einen 40-Tonnen-Korridor für Gütertransporte zu schaffen. Stattdessen wurden in Rekordzeit die Entscheidungsgrundlagen für die Neat, die *Neue Eisenbahn-Alpentransversale*, erarbeitet. Aufgrund des Vernehmlassungsverfahrens entschied sich der Bundesrat zugunsten eines typisch helvetischen Kompromisses: Der Hauptkorridor der Neat sollte am Gotthard geschaffen werden, und mit dem Entschluss zugunsten eines zweiten Eisenbahn-Basistunnels am Lötschberg wurde den Wünschen der Westschweizer Kantone sowie der Nordwestschweiz Rechnung getragen. Einzig in der Ostschweiz, wo man sich für die Splügen-Variante stark gemacht hatte, fühlte man sich –

nicht zum erstenmal – vom Bund übergangen. – Einen weiteren wichtigen Vorentscheid traf der Bundesrat hinsichtlich der Ausarbeitung der Strafnorm für *Geldwäscherei*.

Zu den Dauerthemen eidgenössischer Politik gehörte auch im Berichtsjahr das *Asylproblem*: 1988 wurden 16 700 neue Gesuche eingereicht, und für 1989 wurde mit gegen 20 000 Gesuchen gerechnet. Trotz einer umstrittenen Straffung des Asylverfahrens gelang es den Behörden nicht im gewünschten Mass, das Problem in den Griff zu bekommen. – Am 12. Juni 1988 lehnte das Schweizervolk den Verfassungsartikel für eine koordinierte Verkehrspolitik (KVP) mit 54,4 Prozent Nein-Stimmen und die Volksinitiative der Poch «zur Herabsetzung des AHV-Alters auf 62 Jahre für Männer und 60 Jahre für Frauen mit 64,9 Prozent ab. Am 4. Dezember wurde die «Stadt-Land-Initiative gegen die Bodenspekulation» mit 69,2 Prozent Nein-Stimmen verworfen. Deutlich abgelehnt wurde auch die Gewerkschaftsbund-Initiative «zur Herabsetzung der Arbeitszeit» (40-Stunden-Woche) mit 65,8 und die NA-Initiative «für die Begrenzung der Einwanderung» mit 67,3 Prozent Nein-Stimmen.

Wohltat des Abends

Abends, wenn wir leiser leben,
Kommt auf Taubenfüssen her,
Was kein Grübeln und kein Streben
Uns beschert und kein Begehrt.

Müde bin ich hingesunken,
Wo ein Baum die Sicht verhüllt,
Hab die Stille sacht getrunken,
Und der Tag hat sich erfüllt.

Freundlich denke ich von allen,
Die das Licht mit mir geteilt
Und in Wäldern und in Hallen
Diesen Tag mit mir geweiht.

Hab ich jemand nicht vergeben,
Nachgeholt sei es zur Stund,
Denn des Abends leises Leben
Münde in des Friedens Bund.

Georg Thürer
